

ANTRAG

der Fraktion Freie Wähler/BMV

Umgang mit den „Fridays for Future“-Demonstrationen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass jede Schulleitung der Schulen in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Fehlen von Schülerinnen und Schülern im Zuge der derzeitigen „Fridays for Future“-Demonstrationen gleich verfährt, und deutlich zu kommunizieren, dass ohne gesonderte Erlaubnis Demonstrationsveranstaltungen nicht von der Schulpflicht befreien.

Bernhard Wildt und Fraktion

Begründung:

Es gibt aus der Landesregierung unterschiedliche Signale zu den derzeitigen „Fridays for Future“-Demonstrationen von Schülerinnen und Schülern.

Die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Birgit Hesse, verweist auf die Schulpflicht, aber es sei auch möglich, die Demonstrationen in den Unterricht miteinzubinden (https://www.t-online.de/nachrichten/id_85400036/-fridays-for-future-demos-in-mv-hesse-betont-schulpflicht.html).

Die Ministerpräsidentin, Manuela Schwesig, findet ausschließlich lobende Worte. (<http://www.ostsee-zeitung.de/Nachrichten/MV-aktuell/Fridays-for-Future-Demos-in-MV-Hesse-verweist-auf-Schulpflicht>). Genauso wie der Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Dr. Till Backhaus, der die Demonstrationen sogar ausdrücklich begrüßt (<https://www.regierung-mv.de/Aktuell/?id=146883&processor=processor.sa.pressemitteilung>).

Mit diesem uneinheitlichen Auftreten der Landesregierung werden die Schulleiterinnen und Schulleiter sowie die Lehrkräfte unseres Landes allein gelassen.